

SR-Nr: 751.1.1
Genehmigungsinstanz: Gemeindeversammlung
Beschluss vom: 26. September 2000
Inkraftsetzung: 1. Oktober 2002
Ergänzung/Revision:

Verordnung über die Gebühren der Siedlungsentwässerung

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1 Grundsatz
- Art. 2 Umfang der Anlagen
- Art. 3 Kostendeckung
- Art. 4 Zuständigkeit

II. Anschlussgebühren

- Art. 5 Gebührenpflicht
- Art. 6 Bemessung
- Art. 7 Besonders hoher Abwasseranfall
- Art. 8 Ersatzbauten

III. Benützungsgebühren

- Art. 9 Gebührenpflicht
- Art. 10 Bemessung
- Art. 11 Gewichtung der Grundstückflächen
- Art. 12 Zuschläge bei erhöhter Verschmutzung
- Art. 13 Reduktion für nicht abgeleitetes Wasser
- Art. 14 Kompetenz zur Festsetzung der Benützungsgebühren

IV. Gemeinsame Bestimmungen

- Art. 15 Vorliegen besonderer Verhältnisse
- Art. 16 Entstehung der Gebührenpflicht
- Art. 17 Schuldner
- Art. 18 Anschlussverweigerung durch den Grundeigentümer

V. Zahlungsmodalitäten

- Art. 19 Rechnungstellung
- Art. 20 Fälligkeit

VI. Schlussbestimmungen

- Art. 21 Rekursrecht
- Art. 22 Inkrafttreten

I. Allgemeine Bestimmungen

Grundsatz

Art. 1

Die Gemeinde Oberglatt erhebt, gestützt auf § 46 des Einführungsgesetzes zum Gewässerschutzgesetz und auf Ziff. 6.ff. der Verordnung über die Siedlungsentwässerungsanlagen, folgende Gebühren:

- a) Anschlussgebühren
- b) Benützungsgebühren

Umfang der Anlagen

Art. 2

Die öffentliche Siedlungsentwässerung umfasst das öffentliche Kanalsystem und seine Einrichtungen wie Regenbecken, Regenüberläufe, Pumpwerke usw. sowie die öffentliche Abwasserreinigungsanlage. Im weiteren schliesst sie die Gewässer nach Massgabe der Beanspruchung durch die Siedlungsentwässerung ein.

Kostendeckung

Art. 3

Die Gebühren sind so anzusetzen, dass mit dem gesamten Gebührenertrag sämtliche Kosten der öffentlichen Siedlungsentwässerung, insbesondere für Erstellung, Unterhalt, Erneuerung, Betrieb und Optimierung der Entwässerungsanlagen, inkl. Abschreibung und Verzinsung, von den Gebührenpflichtigen gedeckt werden.

Dazu sind eine integrierte Betriebsrechnung und eine Spezialfinanzierung zu führen.

Die Kosten werden durch Anschlussgebühren, die zur Mitfinanzierung der Erstellung von Entwässerungsanlagen dienen, und durch Benützungsgebühren, die den übrigen Aufwand decken, gedeckt.

Zuständigkeit

Art. 4

Der Vollzug dieser Verordnung obliegt den gemäss Gemeindeordnung zuständigen Organen. Wo die Verordnung im Zusammenhang mit Vollzugsaufgaben die allgemeine Begriffsdefinition „Gemeinde“ enthält, gelten die Kompetenzzuteilungen/Delegationsbefugnisse gemäss Gemeindeordnung.

II. Anschlussgebühren

Gebührenpflicht	<p>Art. 5 Für den Anschluss von Liegenschaften an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen haben die Grundeigentümer eine einmalige Anschlussgebühr zu entrichten, auch wenn der Anschluss unter Mitbenützung einer privaten Leitung erfolgt.</p>
Bemessung Grundgebühr	<p>Art. 6 Die Grundgebühr wird nach dem Gebäudeversicherungswert bemessen. Sie beträgt 7 Promille des Gebäudeversicherungswertes der angeschlossenen Gebäude.</p> <p>Bauliche Veränderungen wie Umbauten, Ausbauten und Erweiterungen unterliegen der Gebührenpflicht gemäss Absatz 1.</p>
Meteorwasserzuschlag	<p>Der Meteorwasserzuschlag bemisst sich nach der zonengewichteten Grundstückfläche des Baugrundstückes innerhalb der Bauzone. Er kommt bei einer erstmaligen Ueberbauung eines Grundstückes, bei einem Anschluss eines überbauten Grundstückes oder bei einer weiteren Ueberbauung eines teilüberbauten Grundstückes mit einem zusätzlichen Hauptgebäude zur Anwendung, wobei in letzterem Fall lediglich die zusätzlich überbaute Grundstückfläche gebührenpflichtig wird.</p> <p>Die zonengemässe Gewichtung der Grundstückflächen erfolgt mit den in Art. 11 festgelegten Faktoren.</p> <p>Der Meteorwasserzuschlag beträgt Fr. 2.50/m², bezogen auf Faktor 1 der zonengewichteten Grundstückfläche gemäss Art. 11.</p>
Zeitpunkt der Bemessung	<p>Für die Bemessung ist der Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenpflicht massgebend.</p>
Frühere Anschlüsse ohne Anschlussgebühr	<p>Alle vor Inkrafttreten dieser Gebührenverordnung vorgenommenen Anschlüsse wie Sickerleitungen usw., die ohne Leistung einer Anschlussgebühr erfolgten, entbinden den Grundeigentümer nicht von der Leistungspflicht.</p>
Besonders hoher Abwasseranfall	<p>Art. 7 Für Liegenschaften mit ausserordentlich hohem Abwasseranfall kann die Gemeinde eine spezielle, sich an den Grenzkosten (effektive Mehrkosten) orientierende, erhöhte Anschlussgebühr verlangen.</p>

Ersatzbauten

Art. 8

Wird ein Gebäude, für das bereits die Anschlussgebühr erhoben wurde, abgebrochen, durch Brand oder ähnliche Ereignisse zerstört, und wird an dessen Stelle innert 10 Jahren eine Ersatzbaute errichtet, so wird die ursprünglich geleistete Zahlung bei der Festsetzung der neuen Anschlussgebühr angerechnet.

III. Benützungsgebühren

Gebührenpflicht

Art. 9

Von den Eigentümern der an die Anlagen gemäss Art. 2 angeschlossenen Grundstücke, Liegenschaften und Anlagen wird eine jährliche Benützungsgebühr erhoben.

Art. 10

Die Benützungsgebühr wird als Summe zweier Komponenten erhoben, nämlich:

Grundgebühr

als **Grundgebühr** pro angeschlossenem Grundstück aufgrund der gemäss Art. 11 festgelegten, zonengewichteten Grundstückfläche,

und

Mengengebühr

als **Mengengebühr** aufgrund des genutzten Wassers unabhängig der Bezugsquelle.

Die Grundgebühr soll ungefähr einen Drittel des Ertrages der Benützungsgebühren ausmachen, der Rest entfällt auf die Mengengebühr.

Die Mengengebühr richtet sich in der Regel nach dem gemessenen Frischwasserverbrauch. Wo keine Messung möglich ist, wird von der Gemeinde ein Pauschalbetrag nach pflichtgemäßem Ermessen festgesetzt.

Mindestgebühr

Bei einer jährlichen Benützungsgebühr unter Fr. 25.-- wird auf deren Erhebung verzichtet.

Gewichtung der Grundstückflächen

Art. 11

Für die jeweils geltenden Zonen resp. Strassenflächen werden folgende Gewichte im Sinne von Faktoren festgelegt:

Bauzonen	Faktor
K2/20%, W2/30%, W2/35%, W2/40%	1
K2/28%, K2/40%, W3/50%, WG2/48%, Oe	1.5
WG3/60%	2
G2	2.5
G3	3
I3	3.5
I5	4.5

In den Zonen E, F, R und L ist die Gewichtung sinngemäss aufgrund der versiegelten Fläche vorzunehmen.

Flächen	Faktor
Strassen	6

Zuschlag bei erhöhter Verschmutzung

Art. 12

Benutzer werden mit höheren Gebühren belastet, wenn sie Schmutzwasser ableiten, das gegenüber häuslichem Abwasser eine erheblich höhere Konzentration oder Schmutzstofffracht oder eine wesentlich andere Zusammensetzung aufweist.

Reduktion für nicht abgeleitetes Wasser

Art. 13

Wird das bezogene Wasser rechtmässig und nachgewiesenermassen nur zum Teil abgeleitet, wird die Mengengebühr entsprechend reduziert.

Kompetenz zur Festsetzung der Benützungsgebühren

Art. 14

Der Gemeinderat setzt die Höhe der Benützungsgebühren mit einem Beschluss fest, der öffentlich bekanntzumachen ist.

IV. Gemeinsame Bestimmungen

Gebührenfestsetzung bei Besonderen Verhältnissen

Art. 15

Die Gemeinde kann beim Vorliegen besonderer Verhältnisse die Gebühren erhöhen oder herabsetzen.

Entstehung der Gebührenpflicht	Art. 16 Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen gemäss Art. 2.
Gebührenansätze	Es sind die im Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenpflicht geltenden Gebührenansätze anzuwenden.
Schuldner	Art. 17 Zahlungspflichtig für die Gebühren ist der Eigentümer, der Baurechtnehmer oder die Gemeinschaft der Grund- oder Stockwerkeigentümer zum Zeitpunkt der Rechnungstellung. Bei einer Handänderung haftet der Rechtsnachfolger solidarisch für ausstehende Beträge.
Anschlussverweigerung durch den Grundeigentümer	Art. 18 Weigert sich ein Grundeigentümer, seine Liegenschaft anzuschliessen, entsteht die Gebührenpflicht nach Rechtskraft des Anschlussentscheides.

V. Zahlungsmodalitäten

Rechnungstellung	Art. 19 Die Anschlussgebühr wird mit der Erteilung der Bau- bzw. Anschlussbewilligung provisorisch festgesetzt und in Form eines zinsfreien Bardepots sichergestellt.
Anschlussgebühr	Die Rechnung der definitiven Anschlussgebühr wird nach erfolgtem Anschluss, dem Vorliegen der Gebäudeschätzung und nach erfolgter baupolizeilicher Schlussabnahme des gebührenpflichtigen Objektes gestellt, unter Anrechnung des geleisteten Bardepots. Differenzbeträge werden nachverlangt oder zurückvergütet.
Benützungsgebühr	Die Benützungsgebühr wird jährlich in Rechnung gestellt. Unterjährige Akontorechnungen sind möglich. Die nachträgliche Richtigstellung von Irrtümern und Fehlern innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfristen bleibt vorbehalten.
Fälligkeit	Art. 20 Alle Gebühren sind innert 30 Tagen ab Rechnungstellung zur Zahlung fällig. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird ein Verzugszins von 5 % verrechnet.

VI. Schlussbestimmungen

Rekursrecht

Art. 21

Gegen Anordnungen und Verfügungen der Ressortvorstände, welche gestützt auf die vorliegende Verordnung erlassen werden, steht die Möglichkeit der schriftlichen Einsprache an den Gemeinderat innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, offen.

Gegen behördliche Beschlüsse kann innert derselben Frist beim Bezirksrat Dielsdorf schriftlich Rekurs erhoben werden.

Die Einsprachen resp. Rekurse haben jeweils einen Antrag und dessen Begründung zu enthalten.

Inkrafttreten

Art. 22

Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung. Mit deren Inkrafttreten werden die Verordnung über die Beiträge und Gebühren für Abwasseranlagen vom 10. Juni 1986 und die darauf basierenden Folgeerlasse aufgehoben.

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 26. September 2000 beschlossen.

Die Inkraftsetzung dieser Verordnung per 1. Oktober 2002 erfolgte mit Beschluss des Gemeinderates vom 20. August 2002.